Vorfahrt für Radverkehr im Südwesten

Grün-rote Landesregierung legt neues Konzept vor, um den Anteil von Fahrradfahrern auf 20 Prozent zu verdoppeln

Von Gregor Preiß

Stuttgart. Radverkehrspolitik - das hieß lange Zeit, neu gebaute Landstraßen mit einem Fahrradstreifen zu versehen. Sonst war nicht viel. Doch jetzt verspricht Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) die Wende.

Der Ton macht die Musik, das gilt auch in der Verkehrspolitik. Einen Begriff wie »Kampfradler« von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) würde Landesverkehrsminister Hermann nach eigenem Bekunden nie in den Mund nehmen. Auch die zum 1. April erhöhten Bußgeldsätze für besagte Kampfradler hält der Grünen-Politiker für nicht zielführend. »So kann man den Radverkehr nicht fördern.«

Gestern hat der leidenschaftliche E-Bike-Fahrer Hermann sein neues Radverkehrskonzept vorgestellt. Zentraler Punkt ist der Bau neuer Radwege. Mehr Geld als zu Zeiten der schwarz-gelben Vorgängerregierung steht ihm nicht zur Verfügung. Hermann will es dafür gezielter einsetzen.

Förderfähig sind in Zukunft auch Abstellanlagen und Beschilderungen

Bei der Auswahl förderfähiger Wege spielen künftig folgende Kriterien eine Rolle: die Verkehrssicherheit, die Sicherung von Schulwegen, Lückenschlüsse, die Verkehrsbelastung und das Kosten-Nutzen-Verhältnis. »Viel hilft viel, das gilt nicht mehr«, sagte Hermann. Auch Mitnahmeeffekte soll es künftig nicht mehr geben. In der Vergangenheit hätten die Kommunen zum Teil viel Landes-Geld für Radwege mit geringem Nutzen verbraten.

Förderfähig sind in Zukunft auch Abstellanlagen und Be-Insgesamt schilderungen.

stellt Grün-Rot in diesem Jahr etwa 18 Millionen Euro für den Radverkehr zur Verfügung. 2014 sollen es 20 Millionen sein. Der Großteil davon fließt als Fördermittel den Städten und Gemeinden zu.

Hermann räumte ein, dass das Geld nicht für alle Wünsche ausreicht. Im diesem Jahr gingen bereits 300 Vorschläge mit einem Volumen von 60 Millionen Euro ein mehr als dem Dreifachen des zur Verfügung stehenden Budgets. In den Genuss von Sonder-Fördermitteln kommen indes Heidelberg und Filderstadt. Beide Städte würden seit Jahren eine vorbildliche Radverkehrspolitik betreiben, begründete der 60-Jährige die Wahl der Modellkommunen.

Ziel der Landesregierung ist der sukzessive Aufbau eines landesweiten Radwegenetzes. Als Vorbild dient das föderale Straßennetz mit der Aufteilung von Autobahn über Bundes- und Landes- bis Kreisstraße. Freiburg macht gerade mit dem Bau großer, ampelloser Radvorrangrouten den Anfang. Zunächst soll es aber darum gehen, aus den bestehenden Fragmenten ein durch-gängig befahrbares Wegenetz zu errichten. Ab Sommer wollen Experten einen Landesradverkehrsplan erstellen und Schwerpunkte festlegen. Daran soll sich Jedermann über Bürgerveranstaltungen oder das Internet beteiligen kön-

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) spricht sich für einen schnelleren Ausbau aus. Die Landesvorsitzende Gudrun Zühlke bemän-

»Die Studie, wonach die Helmpflicht vom Radfahren abhält, ist 20 Jahre alt und stammt aus Australien.«

Winfried Hermann (Grüne), Verkehrsminister

gelte zudem, dass zu wenig Geld im Topf sei. Nachholbedarf sieht der ADFC auch bei der Vermarktung der touristi-



Eine Frau fährt über einen Radweg: Grün-Rot stellt in diesem Jahr etwa 18 Millionen Euro für den Radverkehr zur Verfügung - im Jahr 2014 sollen es 20 Millionen Euro sein.

Südwesten. »Baden-Württemberg hat es bislang nicht verstanden, für seine vorhandenen Radfernwege Werbung zu machen.«

Landesweit betrachtet beträgt der Anteil des Radver-kehrs am Verkehrsaufkommen zehn Prozent. Die Quote wird durch Befragungen und stichprobenartige Zählungen ermittelt und hochgerechnet. Hermanns Ziel in einigen Jahren lautet 20 Prozent. Daran will er sein Radverkehrskonzept messen.

Da ihm auch die Sicherheit am Herzen liegt, plädiert Hermann für eine Helmpflicht. Er weiß jedoch, dass er damit bei Verbänden wie etwa dem ADFC, anderen Verkehrsministern und sogar innerhalb

schen Radwege durch den seiner eigenen Partei auf ziemlich verlorenem Posten steht. Deshalb steht die Helmpflicht bei ihm aktuell nicht auf der Tagesordnung - irgendwann aber schon. »Die einzige Studie zu dem Thema, wonach eine Helmpflicht die Leute vom Radfahren abhalten soll, ist 20 Jahre alt und stammt aus dem Südwesten Australiens.

WEITERE INFORMATIONEN:

Wie im vergangenen Jahr bietet das Land Baden-Württemberg auch im Jahr 2013 wieder kostenlose Radchecks an. Bei zahlreichen Aktionstagen nehmen Mechaniker das Fahrrad genau unter die Lupe und beheben kleinere Mängel vor Ort. Siehe www.radkultur-bw.de.

INFO

Jede Stadt hat ihre eigenen Ideen

Das Autoland Baden-Würt- ▶ Karlsruhe temberg soll auch Heimat möglichst vieler Radfahrer werden. Die Städte lassen sich allerhand einfallen, um das Radeln zu fördern. Hier drei Beispiele:

► Freiburg Was den Radverkehrsanteil angeht, ist Freiburg mit 26 Prozent top. Im Mittelpunkt kommunaler Fahrradpolitik stehen Vorrangrouten, die nicht von Ampeln unterbrochen werden. In der Innenstadt sind zudem fast alle Einbahnstraßen für die Radler ge-

In Karlsruhe lag der Anteil im vergangenen Jahr bei 23 Prozent. Seit 2005 baut die Stadt iedes Jahr zwei neue Radrouten. Viele Einbahnstraßen wurden ganz abgeschafft.

▶ Stuttgart

Stuttgart kommt beim Radverkehrsanteil auf gerade einmal sieben Prozent. Langfristig strebt die Stadt 20 Prozent an. Das 240 Kilometer lange Netz soll systematisch ausgebaut werden. Teilweise werden auch Fahrbahnen für Autos verkleinert, um Raum für Radwege zu schaffen.